

*Zum Abschluss der Legislatur verteidigt Premierminister Charles Michel (MR) in einem Interview mit dem GrenzEcho die Politik seiner Mitte-rechts-Regierung. Aber er weiß auch, dass „noch viel zu tun ist“.*

Aus Brüssel berichtet

Gerd Zeimers

Hinter Ihnen liegen fünf schwierige Jahre als Premierminister einer Regierung, die viele interne Streitereien überlebt hat, aber schließlich doch gestürzt ist. Dennoch wollen Sie fünf Jahre dran hängen. Warum eigentlich?

In den letzten fünf Jahren konnte unser Land wieder an Stabilität gewinnen und vor allem wirtschaftlich und in puncto internationale Glaubwürdigkeit gestärkt werden. Wir haben viel reformiert, um die Zukunft unserer sozialen Sicherheit zu sichern. Wir haben auch die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert, die Nettolöhne durch Steuerverlagerung erhöht und die Renten der Selbstständigen an die der Arbeitnehmer angepasst. Heute geht es unserem Land viel besser, aber es gibt noch viel zu tun. Ich weiß, dass viele Bürger es schwer haben, über die Runden zu kommen. Wir müssen das fortsetzen, was begonnen wurde.

Und das wollen Sie erneut mit einer Mitte-rechts-Regierung bewerkstelligen? Ist eine Neuaufgabe der Schweden-Koalition Ihre erste Wahl?

Meine erste Wahl wird eine Koalition sein, die sich für wirtschaftliche Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherheit einsetzt. Eine Regierung, die auch auf die Klimaherausforderung reagiert. Die scheidende Regierung hat in diesen Bereichen bereits viel Arbeit geleistet, insbesondere mit der Schaffung von 250.000 Arbeitsplätzen, der Entwicklung der Offshore-Windenergie usw.

Schließen Sie Parteien für eine zukünftige Koalition mit der MR aus?

Entscheidend ist das Projekt einer stabilen Regierung, die die Fähigkeit verleiht, wirtschaftliche und soziale Reformen für das Land durchzuführen. Es geht nicht darum, den einen oder anderen Partner auszuschließen, sondern darum, mit welchem Partner wir am 27. Mai ein Programm umsetzen können, das den Verpflichtungen der MR entspricht. Durch Ausschlüsse werden wir das Land unregierbar machen, werden wir wieder 541 Tage Krise haben.

Die Wahlen im Oktober und die jüngsten Umfragen waren nicht positiv für die MR. Müssen Sie nicht ein Debakel am Sonntag befürchten?

Während wir hier miteinander reden, liegt noch kein Stimmzettel in der Urne. Lassen Sie die Bürger ihre Wahl treffen. Und die ist ganz klar. Entweder man entscheidet sich für ein eindeutig linkspolitisches Projekt mit PS, PTB und Ecolo, die die FGFB samt Steuern und rückständigen Maßnahmen an den Tisch der Regierung einladen. Oder man entscheidet sich für das Projekt der MR, die bewiesen hat, dass sie sich für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Sicherheit sowie Sicherung unserer Renten- oder Sozialversicherungssysteme einsetzen kann.

Die N-VA wird wohl stärkste Partei Flanderns bleiben und könnte nach dem 26. Mai die Initiative für die Bildung einer neuen Föderalregierung ergreifen. Wie werden sich die frankofonen Parteien verhalten?

Ich stelle fest, dass fast alle französischsprachigen Parteien sich einer Beteiligung an einer Regierung mit der N-VA verschließen. Ich halte es für wichtig, mit den flämischen Parteien sprechen zu können. Ansonsten sehe ich nicht, wie wir eine Föderalregierung bilden können. Die Weigerung, mit Flandern zu sprechen, beschleunigt letztendlich den Konföderalismus. Das ist nicht mein Projekt für Belgien.

Was halten Sie von der Bewerbung Jan Jambons um das Amt des Premierministers?

Er kündigte seine Kandidatur mit der Unregierbarkeit Belgiens an. Das ist nicht seriös. Die MR hingegen will Stabilität, eine solide Zukunft für das Land und vor allem die Bemühungen auf sozio-ökonomische und klimatische Reformen konzentrieren.

Sie sprechen die Gefahr des von der N-VA angestrebten Konföderalismus an. Ihre Regierung hat vergangene Woche keinen einzigen Verfassungsartikel zur Revidierbarkeit freigegeben, der gemeinschaftspolitisch beladen ist. Ist damit tatsächlich das Thema Staatsreform bzw. Konföderalismus in der nächsten Legislatur von der Bahn?

2014 konnten wir die N-VA davon überzeugen, die Gemeinschaftspolitik für fünf Jahre auf Eis zu legen. Mit dem Ergebnis, dass diese Regierung die Schaffung von 250.000 Arbeitsplätzen gefördert hat, was die Arbeitslosigkeit in Belgien auf den niedrigsten Stand seit mehr als 40 Jahren gebracht hat. Von der MR darf man nicht erwarten, dass sie eine neue Staatsreform einfordert, die das ganze Land lähmen würde. Wir müssen weiterhin auf unserem positiven Wachstum aufbauen, um unsere Wirtschaft und unsere Lebensqualität zusätzlich zu stärken.

Welchen Platz sehen Sie für die Deutschsprachige Gemeinschaft im institutionellen Belgien von morgen?

Seit je her arbeiten PFF und MR zusammen. Sei es zur Unterstützung von Institutionen und Infrastrukturen der Justiz, bei der Verteidigung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder zur nachhaltigen Stärkung ihrer Finanzierung. Mit Kattrin Jadin verfügen die Deutschsprachigen über eine außergewöhnliche Kammerabgeordnete, um ihre Rechte zu verteidigen. Die MR ist nach wie vor die einzige französischsprachige Partei, die den Deutschsprachigen eine vorrangige Stellung garantiert. Unter der

Regierung von Willy Borsus vereinbarten die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft, eine Reihe von regionalen Kompetenzen an Eupen zu übertragen. Ich selbst konnte übrigens im Rahmen des Konzertierungsausschusses immer sehr konstruktiv mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeiten.

Ein Wachstum von 6,3 %, 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, 4,3% Steigerung der Kaufkraft, Abbau des Haushaltsdefizits um zwei Drittel: eigentlich eine gute Bilanz Ihrer Regierung. Aber der Ökonom Geert Peersman hat festgestellt, dass die Leistung Belgiens in dieser Zeit weniger groß war als die anderer Euroländer. So seien weniger Jobs als erwartet geschaffen worden. Und die Kaufkraft einer durchschnittlichen Familie in Belgien habe sich zwar um 1.000 Euro verbessert, doch wenn unsere Kaufkraft sich wie die in den Nachbarländern entwickelt hätte, wäre sie um 2.300 Euro gestiegen. Was sagen Sie dazu?

Die überwiegende Mehrheit der Studien sagt etwas anderes. Die Uni Löwen, der Arbeitgeberverband FEB und sogar der ehemalige Co-Präsident von Ecolo, der Ökonom Philippe Defeyt, sind sich einig, dass Kaufkraft und Beschäftigung zugenommen haben. Niemand bestreitet die Schaffung von 250.000 Arbeitsplätzen, die die Nationalbank gezählt hat. Was die Kaufkraft betrifft, so hat die Uni Löwen gerade eine Studie veröffentlicht, die belegt, dass sie für die Erwerbsbevölkerung in den letzten vier Jahren tatsächlich um mehr als vier Prozent zugenommen hat. Wir haben die niedrigsten Renten in dieser Legislatur sechsmal erhöht. Durch den Tax Shift wurden die Niedrigstlöhne um 150 Euro netto im Monat angehoben.

Der große Minuspunkt Ihrer Regierung bleibt aber, dass das Versprechen eines ausgeglichenen Staatshaushalts nicht eingelöst wurde. Jetzt streben Sie die schwarze Null bis 2021 an. Ein Muss?

Wir hätten sehr leicht das Gleichgewicht erreichen können. Alles, was wir hätten tun müssen, war, die Ausgaben zu senken oder die Steuern deutlich zu erhöhen. Wir haben uns aber verantwortlich aufgestellt, indem wir das Defizit durch vier geteilt und gleichzeitig eine Investitionspolitik beibehalten haben, um das Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Dieses Wachstum schafft Arbeitsplätze. Und Sie werden sehen: Je mehr Menschen einen Job haben, desto evidenter wird es sein, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, ohne die Bürger mit Steuern zu berieseln.

Der Weg zur schwarzen Null führt also über eine Anhebung der Erwerbstätigenquote. Diese liegt in Belgien bei nur 70 %. Um 80 % wie in den Niederlanden zu erreichen, müssten 500.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Das scheint mir aber bis 2021 unmöglich.

Wir haben die Beschäftigungsquote in dieser Legislaturperiode bereits erhöht, aber wir müssen die Arbeit fortsetzen. Der Kampf um die Beschäftigung hört nie auf.

Eine weitere Möglichkeit ist die Kürzung der Staatsausgaben, die im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt zu den höchsten in Europa gehören.

Es ist wichtig, jeden Aufwand immer genau zu analysieren. Ein Euro, den der Staat ausgibt, ist ein Euro des Steuerzahlers. Die Staatsausgaben müssen daher rigoros und rechtschaffen sein.

Wie wäre es mit Einschnitten in der Sozialversicherung?

Wir müssen Missbrauch bekämpfen und die Mittel dort einsetzen, wo es erforderlich ist. Das haben wir auch getan. Missbrauch wird verfolgt, und wir haben den Preis für mehr als tausend Medikamente gesenkt und auch die Kosten für Krebsbehandlungen beschnitten. Das ist es, wozu ein effizientes Sozialversicherungssystem dienen muss.

Man sollte doch eigentlich Geld dort suchen, wo es es ist, oder? Bei den Reichen also, bei den Internet-Giganten und anderen multinationalen Konzernen, die keine oder nur wenig Steuern in Belgien zahlen.

Wir haben ein sehr ehrgeiziges Programm zur Bekämpfung von Steuerbetrug. Unter dieser Regierung wurden Rekordeinnahmen in diesem Bereich verbucht, wir haben auch die Ressourcen der Steuerfahndung durch die Einstellung zusätzlicher Inspektoren stark aufgestockt. Man sollte den astronomischen Beträgen nicht glauben, die die linken Parteien ankündigen, weil sie denken, dass sie über Nacht an Milliarden ran kommen können. Wenn es so einfach wäre, hätten sie es schon längst getan. Und Sie werden sehen, dass diese Beträge sich am Ende in Steuern für die Mittelschicht verwandeln. Was die Webgiganten betrifft, bin ich für eine Steuer auf die GAFA (diese Abkürzung steht für die mächtigsten Internet-Konzerne der Welt, Google, Apple, Facebook und Amazon, A.d.R.) Aber wir wissen, dass diese Debatte auf europäischer Ebene stattfinden muss. Ich bitte meine Kollegen regelmäßig, Europa in diesem Bereich proaktiver zu machen.

Kann nicht auch in institutionellen Strukturen gespart werden, beispielsweise durch Abschaffung des Senats, Abschaffung der Provinzen, Reduzierung der Kammer oder Kürzung der Parteienzuweisungen?

Wir haben in dieser Legislatur bewiesen, dass der Haushalt konsolidiert und gleichzeitig die Steuerlast für Bürger und Unternehmen gesenkt werden kann. Wie? Indem man Arbeitsplätze schafft und die Staatsausgaben kontrolliert, indem man weniger und besser ausgibt. Unser Parteiprogramm sieht vor, diesen Weg fortzusetzen, indem systematisch der Bedarf einer jeden Haushaltslinie überprüft und die öffentlichen Ausgaben auf die Sektoren gelenkt werden, die sie wirklich benötigen. Das ist eine Methode, die funktioniert und den von allen linken Parteien propagierten Steuerregen vermeidet. Es ist auch notwendig, die von der MR in diesem Bereich begonnene Arbeit auf wallonischer Ebene fortzusetzen. Die Regierung von Willy Borsus hat, mit Pierre-Yves Jeholet, die Zahl der Verwalter um mehr als 400 reduziert, die Interkommunalen und die öffentlichen Anbieter wie TEC rationalisiert.

Aus Brüssel berichtet

Copyright © 2019 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten